

In Kürze

RÜSTUNG Ruag verkauft Betrieb in Altdorf

Der bundeseigene Rüstungs- und Technologiekonzern Ruag hat seine Sparte Mechanical Engineering an die deutsche Berghoff verkauft. Aktivitäten und Arbeitsplätze am Standort in Altdorf bleiben erhalten. Das Personal umfasst 77 Mitarbeitende und 28 Lehrlinge. Hergestellt werden Baugruppen und Komponenten für den Maschinen- und Apparatebau, die Halbleiter- und die Windenergieindustrie. Über den Preis vereinbarten die Partner Stillschweigen, wie Ruag und das Familienunternehmen Berghoff gestern mitteilten. sda

2. GOTTHARDDRÖHRE Erste Aufträge ausgeschrieben

Noch bevor der politische Entscheid für einen zweiten Strassentunnel am Gotthard definitiv gefallen ist, werden bereits erste Vorarbeiten in die Wege geleitet. Das Bundesamt für Strassen hat gestern drei Konzeptionsaufgaben ausgeschrieben. Dabei handelt es sich um die Projektierung, die Bauherrenunterstützung und das Erstellen eines Berichts zur Umweltverträglichkeit. sda

FIRMEN Pleiten haben zugenommen

Im ersten Quartal 2013 sind in der Schweiz 1169 Firmen pleitegegangen. Das sind 6 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode. Besonders im Tessin konnten mehr Firmen ihre Rechnungen nicht mehr zahlen. Über den Südkanton rollte mit einer Zunahme um 51 Prozent eine wahre Plei-tewelle. In den anderen Regionen war die Entwicklung moderater. Insgesamt schoben die Konkursbehörden von Januar bis März den Geschäften von 1752 Unternehmen einen Riegel, wie der Wirtschaftsinformationsdienst Dun & Bradstreet in seiner Konkursstatistik ausweist. Das waren 17 Prozent mehr als 2012. sda

ROHSTOFFE Didier Burkhalter entsendet Experten

Aussenminister Didier Burkhalter hat in Lima vereinbart, bald eine Schweizer Expertengruppe zum Thema Rohstoffe nach Peru zu entsenden. Vor einer Woche hatte sich der Bundesrat gegen eine strenge Regulierung der Rohstoffbranche ausgesprochen. Die Spezialisten sollen praktische Erfahrungen und Verhaltensweisen von in der Schweiz ansässigen Firmen, die im Abbau tätig sind, diskutieren, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten gestern mitteilte. sda

WALLIS Polizist beschäftigt die Politik

Ein wegen Verdachts auf Pädophilie entlassener Stadtpolizist von Sitten beschäftigt nun auch die Walliser Politik. Die Justizkommission des Grossen Rats hat eine Untersuchung zum Fall eröffnet. Gegen den Mann läuft eine Strafuntersuchung wegen Verdacht auf sexuelle Handlungen mit Minderjährigen. Die Walliser Behörden sollen aber bereits Jahre zuvor von mutmasslichen Übergriffen gewusst haben. Das Parlament will nun abklären, ob es zu Fehlern in der Justiz gekommen ist. sda

UNIVERSITÄTEN GESPONSERTE LEHRSTÜHLE

«Grundbedingung ist in jedem Fall die Transparenz»



Der Staatsrechtler Markus Müller von der Universität Bern erläutert den Geist des «Zürcher Appells» gegen intransparente Geldflüsse von der Privatwirtschaft an die Universitäten. Urs Baumann

Die Kritik kommt von innen: 27 Wissenschaftler monieren in einem Appell die wachsende Bedeutung des Unisponsorings durch Unternehmen. Das gefährde die Freiheit von Forschung und Lehre. Der Berner Staatsrechtler Markus Müller ist einer der Wortführer des professoralen Widerstands.

Herr Müller, sind unsere Universitäten käuflich? Markus Müller: Nein, das sind sie noch nicht. Noch nicht?

Sie könnten es in absehbarer Zukunft womöglich werden. Immer häufiger finanzieren private Unternehmen ganze Lehrstühle. Das bedroht die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Inwiefern?

Eine Bedrohung stellt nur schon der Anschein dar, den das Sponsoring erwecken kann. Nehmen Sie das Beispiel von Horst-Michael Prasser, der die von Swiss-nuclear finanzierte ETH-Professur für Kernenergiesysteme innehat. Nach dem Unfall in Fukushima war Prasser ein gefragter Experte. Allerdings nur so lange, bis die Öffentlichkeit erfuhr, dass er von den AKW-Betreibern bezahlt wird. Es gibt heute bereits zahlreiche ähnliche Fälle hierzulande. Der wohl krasseste Fall ist das 100-Millionen-Sponsoring der UBS an der Uni Zürich. Das war der Auslöser für den Zürcher Appell (siehe Box). Unter den Unterzeichnern sind kaum Berner Professoren – warum?

rund 390 Professuren sind ganz oder teilweise gesponsert?

Das weiss ich nicht genau. Bekannt sind etwa eine von Novartis gesponserte Professur für Psychosomatik und Rehabilitation, eine von der Post gesponserte Professur für Informationswissenschaft und schliesslich die von der Mobilbar gesponserte Professur für Klimafolgenforschung. Es herrscht also auch unheimlich keine Transparenz. An den Universitäten fehlt vor allem noch die Sensibilität für die Gefahren des Sponsorings. Bleiben wir in Bern. Haben Sie denn konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Unabhängigkeit hier nicht mehr gegeben ist?

Das nicht. Aber es gibt auch bei uns Fälle, die wie das Zürcher «UBS International Center of Economics in Society» Unbehagen auslösen. Nehmen Sie das Sponsoring der Mobilbar: Sie kann nicht nur bei der Lehrstuhlbesezung mitreden. Sie setzt mit ihrem Sponsoring auch einen Forschungsschwerpunkt, von dem sie nach eigenen Angaben versicherungstechnisch verwertbare Erkenntnisse erwartet. Sind solche Fälle mehr als Ausnahmen, die die Regel bestätigen? Natürlich ist die Zahl solcher Fälle noch relativ klein. Aber sie steigt – und wird kaum thematisiert. Als 2012 das erwähnte UBS-

Sponsoring an der Uni Zürich bekannt wurde, hat dies keine nachhaltige Debatte ausgelöst. Wir sollten uns aber darüber klarwerden, ob Sponsoring unter allen Umständen einfach zum universitären Alltag gehören soll. Tut es das nicht schon? Immerhin verpflichtet das Hochschulförderungsgesetz die UBS dazu, selbst Gelder einzuwerben. Genau da liegt eines der Hauptprobleme. Der Staat kürzt laufend die Mittel und setzt die UBS dadurch unter enormen Druck. Ob Rektor oder einzelner Professor: Jeder wird heute am Fund-raising gemessen. Je mehr Drittmittel eine Uni akquiriert, desto mehr Bundesgelder bekommt

kaufstale, die Universität braucht aber in erster Linie engagierte Lehrer und eigenständig denkende Köpfe. Hinzu kommt: Die Suche nach Drittmitteln ist für Professoren aufwendig. Wer sie forciert, muss notgedrungen an anderer Stelle Abstriche machen – zum Beispiel in der Lehre oder der Betreuung. Kritiker werfen Ihnen vor, Sie wollten zurück zur geschützten Werkstätte im Elfenbeinturm. Nein, gerade das will ich nicht – im Gegenteil. Wir treten in unserem Appell für eine aktive und offene Universität ein, die ihre Aufgaben in der Gesellschaft erfüllen kann. Dafür braucht sie Unabhängigkeit. Ist Sponsoring wirklich das Hauptproblem? Weit zahlreicher sind doch die Fälle, in denen die Wirtschaft Einfluss nimmt mit gut dotierten Aufträgen für Gutachten, Studien oder Tests. Die Problematik besteht auch hier, das stimmt. Aber ich würde die Gefahren hier insgesamt als geringer einstufen: Zum einen geht es bei solchen Aufträgen um eng begrenzte Fragestellungen. Zum andern ist das finanzielle Engagement befristet. Es werden auch keine festen Forschungseinrichtungen geschaffen, die je nachdem sogar den Namen eines Sponsors tragen. Trotzdem leidet doch der Ruf der Uni, wenn Professoren nicht mal mehr öffentlich Auskunft geben, weil sie befürchten, Aufträge zu verlieren. Es gibt tatsächlich noch zahlreiche Probleme, die mit dem betriebswirtschaftlichen Denken an den Universitäten zusammenhängen und die der Appell nicht alle aufgreifen konnte. Wann ist ein Sponsor in Ihren Augen denn akzeptabel? Wenn Mäzene und Spender der Universität etwas schenken wollen, liegt darin kein Problem. Das Problem entsteht dort, wo private Unternehmen Forschungsinstitutionen finanzieren, an deren

Forschungsergebnissen sie eigene potenzielle Verwertungsinteressen haben. Was wäre in solchen Fällen die optimale Lösung? Unproblematisch wäre, wenn Firmen wie die Mobilbar der Uni Bern pauschal einen Betrag gäben, der dann in einen allgemeinen Fonds flosse. Die Universität könnte so gestützt auf eine vorgängig festgelegte Strategie die Gelder und Mittel einsetzen und verteilen. Dadurch würde die Unabhängigkeit der Forschung nicht in Mitleidenschaft gezogen. Genügt das? Eine Grundbedingung ist in jedem Fall die Transparenz. Die Universitäten müssen Sponsorenverträge offenlegen: Woher kommen die Mittel, wie hoch sind sie, wohin fliessen sie konkret, was sind die Bedingungen? Die Uni Bern hat bereits Richtlinien für den Umgang mit Sponsoring – sind die genügend? Aus meiner Sicht sind sie dies noch nicht. Dazu sind sie zu lückenhaft. Es steht zwar: «Die Freiheit und die Unabhängigkeit in Lehre und Forschung darf durch Sponsoringverträge nicht eingeschränkt werden.» Aber es wird nicht ausgeführt, wie die Unabhängigkeit, insbesondere deren Anschein, geschützt werden kann. Dann arbeiten Sie auf eine Verschärfung dieser Richtlinien hin? Das ist sicher eine Möglichkeit, ja. Doch unser Anliegen geht weiter. Das Problem muss auf nationaler Ebene erkannt und angegangen werden. Hier sind die Bildungsverantwortlichen auf allen Stufen gefordert – auch der Bundesgesetzgeber. Kann es langfristig im Sinne der Universitäten sein, wenn das Gesetz sagt: Wer viel Geld akquiriert, wird vom Bund mit höheren Zahlungen belohnt? Hier geht es um eine Paradigmenfrage: Was sind uns unabhängige Universitäten wert?

Schlechtes Wetter vermiest die Wintersaison

SEILBAHNEN Trotz hervorragender Pistenverhältnisse: Der Winter 2012/2013 fällt im langjährigen Vergleich unterdurchschnittlich aus. Ausgerechnet an den Wochenenden machte sich die Sonne rar.

Trotz viel Schnee und bester Pistenverhältnisse geht der ablaufende Winter darum als unterdurchschnittlich in die Annalen der Branche ein. Allerdings ist die Saison noch nicht in allen Gebieten beendet, schränkt der Verband ein. In einigen höheren Gebieten laufen die Anlagen bis in den Mai hinein.

An den für die Branche sehr wichtigen Wochenenden war das Wetter fast durchgehend schlecht.

Beste Schneeverhältnisse – aber zu wenig Sonne: So charakterisieren die Seilbahnen Schweiz die ablaufende Wintersaison. Zwar stiegen die Frequenzen im Vergleich zu 2011/2012. Im langjährigen Vergleich fällt der Winter 2012/2013 aber unterdurchschnittlich aus. Die Gästezahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent und der Umsatz der Betriebe nahm um 4 Prozent zu, teilte der Branchenverband Seilbahnen Schweiz gestern mit. Das Wachstum ist aber nach der ausserordentlich schlechten Vorjahres-saison zu relativieren.

Zu wenig Sonne Immerhin konnten tiefer liegende Gebiete in den Voralpen, im Jura und sogar im Mittelland für einmal von viel Schnee profitieren. Viele der Betriebe dort liefen überdurchschnittlich lang. Die Gästezahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent und der Umsatz der Betriebe nahm um 4 Prozent zu, teilte der Branchenverband Seilbahnen Schweiz gestern mit. Das Wachstum ist aber nach der ausserordentlich schlechten Vorjahres-saison zu relativieren.

Auf die verschiedenen Regionen bezogen, wies die Zentralschweiz mit 8 Prozent das grösste Gästewachstum gegenüber dem Vorjahr aus. Mit 5,3 Prozent mehr folgten die eher tiefer liegenden Waadtländer und Freiburger Alpen. Klar negativ wirkte sich die fehlende Sonne aus, konstatierte der Verband. Längere Schönwetterperioden gab es kaum; ausgerechnet an den für die Branche sehr wichtigen Wochenenden war das Wetter fast durchgehend schlecht.

Schuhe und Kleider locken

SHOPPINGTOURISMUS 8,9 Milliarden Franken geben die Schweizer gemäss einer Studie im grenznahen Ausland aus. Am meisten in Deutschland.

Seit der Kurs des Euro zum Franken gesunken ist, erhitzt der Einkaufstourismus die Gemüter. Der Detailhandel hat nun erstmals erheben lassen, wie viel die Schweizer Konsumenten tatsächlich bei den Shoppingtours jenseits der Grenzen ausgeben. Das Marktforschungsinstitut GfK hat im Auftrag der Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz nach der Befragung von 4480 Konsumenten den Betrag von 8,9 Milliarden Franken errechnet. Zum Vergleich: Der Schweizer Detailhandel kam im vergangenen Jahr auf Einnahmen von 96,8 Milliarden. Am meisten steuern die Schweizer das Ausland wegen Kleidern und Schuhen an: 2,6 Milliarden Franken entfielen laut der am Freitag präsentierten Studie auf diese Warenkategorie.

Am meisten von den Schweizer Einkaufstouristen profitierte Deutschland, wohin 4,6 Milliarden Franken flossen. 1,4 Milliarden gaben die Schweizer in Frankreich aus, 800 Millionen in Italien und 400 Millionen in Österreich. Laut GfK-Detailhandlungsexperte Thomas Hocheutener frönen alle Einkommensklassen dem Einkaufstourismus. «Es fällt aber auf, dass man es häufiger tut, je näher man an der Grenze lebt», sagte er. sda

BILANZ

Berner Oberland war von falschen Wetterprognosen betroffen

Wintersport Die erste Bilanz der Saison 2012/2013 fällt im Berner Oberland durchgezogen aus. «Trotz bester Schnee- und Pistenverhältnisse seit Anfang Dezember liegen wir deutlich hinter den guten Wintersportjahren 2007/2008 zurück», sagt Patrizia Pulver, Sprecherin der Jungfrau-bahn. Das Skigebiet war mehr-

mals von falschen Wetterprognosen betroffen: «Diese hielten viele Leute von einem Skitag ab, obwohl das Wetter in der Jungfrauregion eigentlich schön gewesen wäre.» Pulver betont jedoch, das sei nicht ein Vorwurf an SRF Meteo. Das Problem mit schlechten Wetterprognosen kennen auch die Skigebiete in

Graubünden. Gemäss «Blick am Abend» lancierte man dort im letzten Dezember ein eigenes Wetterportal. Nützte es? Diese Saison gab es laut Silvio Schmid, Präsident der Bergbahnen Graubünden, keine grossen Abweichungen zu SRF Meteo. Laut Schmid gab es keine stabile Schönwetterlage. rag

ZÜRCHER APPELL

Sie engagieren sich für die Unabhängigkeit der Uni: 27 Wissenschaftler aus der Schweiz, Deutschland und Österreich haben unlängst den Zürcher Appell lanciert. Darin kritisieren sie, «dass an partikuläre Interessen und geheime Verträge gebundenes Sponsoring eine Gefahr für die Unabhängigkeit der universitären Forschung und Lehre birgt». Ausgelöst wurde die professorale Kritik durch die UBS-Spende von 100 Millionen Franken an die Uni Zürich, mit der das «UBS International Center of Economics in Society» eingerichtet wurde.

Die Unterzeichner des Appells kritisieren die Uneilung für diese Kooperation. Sie lasse es zu, «dass die Bank den Raum der Universität als Interessenplattform benutzt. Doch gerade die UBS hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie unethische Geschäfte tätigt.» Dass die UBS ihr Logo an der Universität Zürich platzieren könne, habe nichts mit Wissenschaft zu tun, sondern einzig mit Marketing. Urheber des Aufrufs sind die Zürcher Philosophin Ursula Pia Jauch und der Berner Staatsrechtler Markus Müller. Inzwischen sind fast 1400 Unterschriften zusammengekommen. pem



Protest in Zürich: Transparent am Hauptgebäude der dortigen Universität. key

«Die Uni ist immer stärker vom Markt- und Wettbewerbsdenken geprägt. Die Maxime heisst Wachstum – immer mehr Studierende, mehr Institute und Kompetenzzentren, mehr Forschungsplätze.»

Problematischer Deal in Bern? Klimaforscher Thomas Stocker, Mobilbar-CEO Urs Berger und der damalige Uni-rektor Urs Würzler lancieren eine Professur für Klimafolgenforschung. bel



ANZEIGE

Advertisement for BUCHERER 1888 featuring a woman's portrait and the text 'VIRTUOS | SINNLICH' and '125 Jahre'.